Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Aufmaggeber in Konkurs geriet. Anzeigenannahmestellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr 2. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 3. Januar 1928

Friede und Freiheit.

Von Frieden und von Gerechtigkeit ist gar viel die Rede gewesen in den Ansprachen offizieller und offiziöser Art, die beim Jahresbeginn von den wohlvorbereiteten Manuskripten abgelesen wurden. Fast ein wenig allzuviel: denn es geht dem Frieden und der Gerechtigkeit gerade so wie — dem bekannten Worte gemäß — einer Frau: jene ist die beste, von der man am wenigsten spricht. Der Reichskanzler hat ja in seiner Rede wenigstens der Deutschen gedacht, auf denen immer noch der Druck der Besatzungstruppen lastet, und der Reichspräsident hat ebenso den wirklichen Frieden für unvereinbar erklärt mit der Tatsache, daß die Besatzungstruppen fremder Militärmächte noch auf deutschem Boden stehen. Wir wissen ja, daß diese Proteste und Hinweise an der Tatsache selbst nichts ändern und daß wir nur hoffen können auf den Tag, da Deutschlands Boden wieder frei geworden ist.

Das aber kann noch nicht unser letztes Ziel sein. Wenn schon so viel von Frieden und Gerechtigkeit die Rede ist, so können wir Deutsche doch nimmermehr vergessen, daß den Deutschen jenseits der Grenzen Friede und namentlich Gerechtigkeit ein ganz unbekanntes Gut geworden ist. Jenen dort draußen in Südtirol und ferner im jetzt rumänischen Banat, in Polen und der Tschechoslowakei, im Westen wie im Norden — überall gibt es für die Deutschen keinen Frieden, keine Gerechtigkeit. Es ist wie eine Stimme in der Wüste, wenn einmal eine englische Zeitschrift auf den Wahnsinn der deutschen Grenzgestaltung im Osten hinweist, auf den unerträglichen Pfahl im deutschen Fleisch, den der „polnische Korridor" darstellt. Wenn in jener englischen Zeitschrift der Vorschlag gemacht wird, der Völkerbund solle die Sache in die Hand nehmen, so setzen wir den Zweifel, ob diese Institution, die ja extra zur Schaffung des Friedens und der Versöhnung zwischen den Völkern eingerichtet ist, wirklich die Kraft dazu hat, in dieser Frage ihren Daseinszweck zu erfüllen. Gerade die Deutschen im Memelland haben es ja im vergangenen Jahre oft genug erfahren müssen, wie trügerisch die Hoffnungen sind, die sie auf Genf setzten. Ebenso ist's in Ostoberschlesien, wo die Deutschen von neuem genötigt sind, in der Schulfrage wieder einmal an den Völkerbund zu appellieren.

England und Amerika sollten nach dem Vorschlage jener Zeitschrift die Regelung der Korridorfrage in die Hand nehmen, wenn der Völkerbund das zu tun nicht in der Lage sei. Aber — ist nicht gerade Polen der stärkste Posten in der antibolschewistischen Politik Englands und auch Amerikas, das ja hierin dem englischen Vetter besinnungslos Gefolgschaft leistet? Und hat nicht gerade Amerika jetzt wieder so viel Geld in das polnische Geschäft zwecks Stützung des Zlotys gesteckt, daß jede Hoffnung auf eine vernünftige Grenzziehung — bei der es auf Polens Kosten gehen müßte — in eine noch weitere Zukunft verdämmern muß?

„Gewalt fährt auf der Straßen" sang einst vor 700 Jahren der deutsche Dichter Walter von der Vogelweide. Trotz schöner Reden ist's auch heute so bei den Deutschen jenseits der deutschen Grenzen. Noch immer besteht das Verbot für Deutschland und Deutsch-Österreich, den Anschlußwillen zu erfüllen; wird mit größtem Argwohn darauf gesehen, daß diese papierene Bestimmung auch dem Buchstaben getreu durchgeführt wird. Und wenn man an Südtirol denkt, so gibt es für jeden Deutschen nur ein bitteres, fast hoffnungsloses Achselzucken, wenn von Frieden und Gerechtigkeit gesprochen wird. Schwer, fast unmöglich ist es, wenn wir dorthin schauen, an einen menschlichen Fortschritt glauben zu sollen, an „Gerechtigkeit und Liebe", von der in seiner Beglückwünschungsrede als Vertreter des diplomatischen Korps der Nuntius Pacelli gesprochen hat. Der deutsche Reichspräsident erwiderte, daß ein wirklicher Friede auch die Freiheit begründen müsse — aber diese Freiheit wird auch im jetzigen Jahre für die Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen eben nur eine Hoffnung bleiben und noch lange nicht Erfüllung werden.

Briands Erwartungen.

Für Annäherung an Deutschland.

Frankreichs Außenminister Briand hat einem englischen Pressevertreter zum Jahreswechsel seine Hoffnungen und Ziele für 1928 auseinandergesetzt. Der französische Staatsmann sagte dabei:

„Ich erhoffe für 1928 eine Weiterentwicklung der Annäherungspolitik, die Stresemann auf deutscher und ich auf französischer Seite eingeleitet haben. Diese Politik ist viel kritisiert worden, aber niemand hat sie ersetzen können, denn das Streben nach Isolierung und Aufrüstung bis zum Maximum ist keine Politik. Gewiß könnte Frankreich seine Bewaffnung verstärken und den Wunsch zeigen, daß es von einer Zusammenarbeit mit dem Gegner von gestern nichts mehr hören will. Aber wohin würde das führen? Unvermeidlich zum Krieg! Kriege hervorzurufen ist sehr leicht, sie zu vermeiden, ist schwieriger. Der große Vorzug des Paktes von Locarno besteht darin, daß Frankreich mit England, Italien und Deutschland einen Vertrag abgeschlossen hat, der die jetzige Grenze garantiert. Durch diese Grenze wird Frankreich in einer Breite bis zu 100 Kilometer geschützt, da das Rheinland auch nach der völligen Räumung entmilitarisiert bleibt und der Kontrolle des Völkerbundes untersteht. Der Durchmarsch von Truppen durch dieses Gebiet würde einen Kriegsfall schaffen, der den Apparat des Locarnovertrages in Tätigkeit setzen würde."

In einer Betrachtung über das abgelaufene Jahr schreibt das Mittagsblatt „Paris Midi": Den deutsch-französischen Beziehungen kommt in der Friedensfrage eine grundlegende Bedeutung zu. Zweifellos ist die Annäherung zwischen beiden Ländern seit Thoiry etwas stationär geblieben. Aber das Jahr 1927 hat trotzdem die Rückkehr Deutschlands in das europäische Konzert gebracht. Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund hat sich als ein Erfolg erwiesen und es ist Reichsaußenminister Dr. Stresemann gelungen, selbst die deutschen Nationalisten für seine Politik zu gewinnen. Deutschland hat pünktlich seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt, die ihm der Dawes-Plan auferlegt. Die Zeit ist sicher nicht mehr fern, in der man zur Räumung des linken Rheinufers gelangen und zur endgültigen Festsetzung der deutschen Schuld schreiten wird.

Der „ungesetzliche" Krieg

Französisch-amerikanisches Sonderabkommen?

Fortgesetzte Verhandlungen.

Mehrfach wurde in letzter Zeit abgeleugnet, daß auf die Anregungen zu einem besonderen Friedensabkommen durch Frankreich an die Vereinigten Staaten etwas wie ein Entgegenkommen in Washington erfolgt sei.

Nunmehr scheinen aber doch die Verhandlungen ernstere Gestalt anzunehmen. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Kellogg dem französischen Botschafter in Washington nunmehr einen ausführlichen Vertragsvorschlag übermittelt, der den Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten unmöglich machen soll. In einem Begleitbrief gibt Kellogg der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Unterzeichnung eines solchen Vertrages auch andere Länder dem Pakt beitreten würden. Er stimme mit Briand darin überein, daß es notwendig sei, jeden möglichen Krieg zwischen beiden Ländern für ungesetzlich zu erklären.

Die offiziellen Washingtoner Kreise erörtern den Vorschlag des Staatssekretärs Kellogg lebhaft und erklären, der neue Pakt könne eine ebenso große Bedeutung haben wie das Völkerbundstatut und wie der Vertrag des internationalen Schiedsgerichtshofes. Der Plan sei von Kellogg in Zusammenarbeit mit der Auswärtigen Kommission des Senats ausgearbeitet worden.

Der Inhalt des Vertragsentwurfes.

Nach den Angaben amerikanischer Blätter hat der Entwurf zu dem Pakt folgenden Inhalt:

1. Frankreich und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, sämtliche Meinungsverschiedenheiten einer internationalen Schiedsgerichtskommission zum Schiedsspruch zu unterbreiten. 2. Meinungsverschiedenheiten juristischer Ordnung, die den Vertrag selbst nicht betreffen, sollen dem ständigen Haager Weltgerichtshof oder einem anderen Gerichtshof unterbreitet werden, über den die Parteien sich einig werden müssen. 3. Der Schiedsvertrag ist bei folgenden drei Möglichkeiten nicht anwendbar: a) bei Fragen, die sich auf die innere Politik der beiden Unterzeichnerländer beziehen, b) wenn eine dritte Macht in die betreffende Angelegenheit einbezogen ist und c) wenn es sich um Fragen handelt, auf die die Monroe-Doktrin angewandt werden könne.

Amerika soll weiter verlangen, dem Vertrag müsse auch die Ausdehnungsfähigkeit auf andere Mächte gegeben werden, was in Frankreich etwas verschnupft hat. Es wird das nicht offen zugegeben, ist aber doch aus den sichtlich zurückhaltenden Presseäußerungen deutlich zu erkennen.

Stimmen der Kritik.

Der Auslandspolitiker des „Echo de Paris" will erfahren haben, daß der augenblicklich in Washington weilende amerikanische Botschafter in London, Houghton, nach seiner Rückkehr auf seinen Posten Verhandlungen über den Abschluß eines Friedenspaktes einleiten werde, über den im Augenblick Paris mit Washington diskutiert. Das Blatt nimmt an, daß hierbei auch die Frage des Rechts des neutralen Handels bei einem Seekrieg aufgeworfen werde, erklärt aber im übrigen, an dem Entwurf Kelloggs sei zu bemängeln, daß der Vertrag nicht ein französisch-amerikanischer bleiben, sondern zu einem allgemeinen ausgebaut werden solle. „Echo de Paris" behauptet auch, daß Briand sich bereits wegen des Inhalts des Vertrages mit London in Verbindung gesetzt habe.

Englische Unterseeboote mit Flugzeugen.

Gelüftetes Geheimnis.

Die britische Admiralität ist in einer gewissen Aufregung. Durch eine Veröffentlichung in der „London Gazette", nach der Piloten und Offizieren, die auf Unterseebooten, die mit Flugzeugen ausgestattet sind, Dienst tun, eine besondere Zulage gezahlt werden soll, ist das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis der Admiralität preisgegeben worden, daß englische Unterseeboote mit Wasserflugzeugen ausgestattet worden sind. Diese Ankündigung hat in der englischen Öffentlichkeit lebhafte Beachtung gefunden und zu ausgedehnter Erörterung Anlaß gegeben. Die Admiralität hat es jedoch abgelehnt, irgendwelche Erklärungen hierüber abzugeben oder Einzelheiten zu veröffentlichen.

Oesterreichisch-ungarischer Zwischenfall.

Ungarn führt Maschinengewehre ein.

Am Neujahrstage ereignete sich an der Grenzstation Szent-Gotthard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Zollstation an der steirisch-ungarischen Grenze, ein Zwischenfall, der großes Aufsehen hervorgerufen hat.

Mit einem Güterzuge aus Verona waren fünf Waggons eingetroffen, deren Ladung als „Maschinenbestandteile" deklariert war. Die Waggons enthielten aber, wie es sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbehörden verlangten nun, daß die Waggons nicht weitergeschoben wurden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahnbehörden unter militärischer Bewachung die fünf Waggons mit den Maschinengewehren weiter und traten den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffengewalt entgegen. Die österreichische Zollbehörde hat nach dem Vorfall Szent-Gotthard verlassen, so daß die Züge seitdem nicht mehr abgefertigt wurden.

60. Geburtstag des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns.

Am 3. Januar vollendet der Reichsarbeitsminister Dr. Dr. jur. h. c. Heinrich Brauns das 60. Lebensjahr. Dr. Brauns wurde in Köln geboren, wo er auch das Apostelgymnasium besuchte. Er studierte katholische Theologie in Bonn und Köln und später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg im Breisgau, wo er im Jahre 1905 zum Doktor der Staatswissenschaften promovierte. 1921 wurde er von der Universität Köln zum Dr. jur. h. c. ernannt. Von 1890 bis 1895 war Brauns als Kaplan in Krefeld, von 1895 bis 1900 als Vikar in Borbeck bei Essen tätig. 1900 wurde er Direktor in der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Gladbach und Leiter der dortigen Organisationsabteilung sowie der volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Dr. Brauns gehörte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung als Mitglied an und ist seit 1920 Zentrumsabgeordneter im Reichstag. An der Spitze des Reichsarbeitsministeriums steht der Jubilar seit Juni 1920. Schriftstellerisch betätigte sich Dr. Brauns vor allem auf dem Gebiete der Sozial- und Staatswissenschaft sowie auf dem des Arbeiterschutzes.

Eine Schlacht in Nikaragua.

Mit Truppen der Vereinigten Staaten.

Die ewigen Umtriebe in der mittelamerikanischen Republik Nikaragua, bei denen die benachbarten Vereinigten Staaten sich einmischen zu müssen glaubten, haben abermals zu einem blutigen Zusammenstoß geführt.

Der Parteigänger des liberalen Präsidentschaftskandidaten Sacasa, der General Sandino, der das mit dem

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF